

MICHAEL C. BIENERT, STEFAN CREUZBERGER,  
KRISTINA HÜBENER, MATTHIAS OPPERMANN

# Die Berliner Republik und die zeithistorische Forschung

Eine Einführung

## Zur Entstehung eines Begriffs

Am 20. Juni 1991 traf der Deutsche Bundestag eine Entscheidung von historischer Tragweite: Im Plenarsaal des alten Bonner Wasserwerks, das den Volksvertretern als provisorische Tagungsstätte diente, solange der neue Plenarsaal im Bundeshaus noch nicht fertiggestellt war, verkündete Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) um 21:49 Uhr das Ergebnis der Abstimmung über die beiden Anträge 12/814 und 12/815. Sie behandelten die Frage, ob das Parlament und die Bundesregierung des wiedervereinigten Deutschlands weiterhin am Rhein verbleiben oder ob große Teile ihrer Funktionen nach Berlin verlagert werden sollten. Zuvor hatten die Abgeordneten elf Stunden lang mit großer Leidenschaft über das Für und Wider eines solchen Schrittes gestritten. Der Ausgang der Abstimmung galt als ungewiss. Dem Lager der Bonn-Befürworter wurden allerdings leichte Vorteile eingeräumt. Umso überraschender war das Ergebnis am Ende des Tages: Von den 660 anwesenden Abgeordneten stimmten 338 für den Berlin-Antrag und nur 320 für Bonn. Damit hatte der Umzug vom Rhein an die Spree eine zwar knappe, aber klare Mehrheit.<sup>1</sup> Das überaus enge Ergebnis spiegelte die tiefe Gespaltenheit des Hohen Hauses wider. Die Gräben zwischen Berlin-Befürwortern und Bonn-Anhängern liefen quer durch die Bundestagsfraktionen. Die Abstimmung über den Antrag zur »Vollendung der Einheit Deutschlands« erwies sich als eine individuelle Gewissensentscheidung jedes Volksvertreters.<sup>2</sup>

1 Vgl. Nino Galetti: Der Bundestag als Bauherr in Berlin. Ideen, Konzepte, Entscheidungen zur politischen Architektur (1991–1998) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 152), Düsseldorf 2008, S. 97 f.; Franz Möller: Der Beschluss. Bonn/Berlin-Entscheidungen von 1990 bis 1994, Bonn 2002, S. 64.

2 Ebd.

Der Plenarsaal  
im alten Bonner  
Wasserwerk, 20. Juni  
1991. Kurz zuvor hat  
Bundestagspräsident  
Rita Süssmuth das  
Ergebnis der Bonn-  
Berlin-Abstimmung  
bekannt gegeben.



Bei der Diskussion um die Verlegung des Sitzes von Parlament und Regierung in die ehemalige Reichshauptstadt ging es um weitaus mehr als nur um die Entscheidung über eine örtliche Veränderung. Im Verlauf der Hauptstadtdebatte, die bereits im Frühjahr 1990 begonnen hatte und die keineswegs mit dem 20. Juni 1991 enden sollte, kam deutlich der Gedanke zum Tragen, dass mit dem Umzug möglicherweise ein grundsätzlicher politischer Wandel der Republik einhergehen werde.<sup>3</sup> Sowohl von den Befürwortern als auch von den Kritikern wurden Bonn und Berlin zu Symbolen erklärt, die für unterschiedliche Konzepte des zukünftigen Charakters der Bundesrepublik Deutschland standen. Während die Umzugsgegner Bonn als Inbegriff einer genügsamen und friedliebenden, fest in Europa integrierten und nach Westen ausgerichteten Republik sahen, galt ihnen Berlin als Sinnbild der dunklen Seiten der deutschen Geschichte – als Zentrum des preußischen Militarismus, von Hybris, Wankelmut und Großmachtstreben, das für zwei Weltkriege und zwei Diktaturen verantwortlich gewesen war. Das in der Debatte immer wieder gezeichnete Bild

3 Zur Hauptstadtdebatte siehe ausführlicher Nino Galetti: Bonn und Berlin – ein gutes Team. Die Hauptstadtdebatte 1989 bis 1991 und ihre Folgen, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Hermann Wentker (Hrsg.): Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin 1949–1990 (= Zeitgeschichte im Fokus, Bd. 1), Berlin 2012, S. 283–296.



Jubel bei den Berlin-Unterstützern auf dem Informationsabend im Rathaus Schöneberg, 20. Juni 1991.

eines Deutschlands, welches in der Gefahr stehe, in die Fußstapfen des Bismarck-Reiches zu treten, funktionierte wohl vor der Kulisse der Siegestsäule und des Brandenburger Tores, nicht aber vor der des Alten Rathauses in Bonn oder des Poppelsdorfer Schlosses. In den Augen der Berlin-Gegner stand die Stadt am Rhein für den erfolgreichen Neuanfang nach 1945 und verkörperte die zweite, diesmal geglückte Republik der Deutschen.<sup>4</sup>

Dem gegenüber erinnerten die Befürworter eines Umzugs an die positiven demokratischen Traditionen, die sich eben auch mit Berlin verbanden.<sup>5</sup> Angesichts der seit 1949 immer wieder gegebenen öffentlichen Versprechen, der Stadt ihre Funktion als Regierungs- und Parlamentssitz zurückzugeben, sobald die deutsche Einheit erreicht wäre,<sup>6</sup> sei der Wechsel eine Frage der historischen Glaubwürdigkeit. Hinzu kam, dass Berlin nach dem Niedergang des Kommunismus und dem Fall des »Eisernen Vorhangs« von der einstigen Randlage in

4 Vgl. Frank Brunssen: *Das neue Selbstverständnis der Berliner Republik*, Würzburg 2005, S. 11–13.

5 Vgl. dazu Manfred Görtemaker mit Michael Bienert und Marko Leps: *Orte der Demokratie in Berlin. Ein historisch-politischer Wegweiser*, Berlin 2004.

6 Michael C. Bienert: »Berlin ist die Sache aller Deutschen«. *Der Deutsche Bundestag, die Regierung Adenauer und die Hauptstadtfrage*, in: Bienert/Schaper/Wentker (Hrsg.): *Hauptstadtanspruch und symbolische Politik* (wie Anm. 3), S. 151–182, bes. S. 157–160.

die Mitte des neuen demokratischen Europas gerückt war.<sup>7</sup> Der Meinungsstreit um die symbolische Bedeutung Bonns und Berlins knüpfte nicht zuletzt an das 1956 erschienene Buch *Bonn ist nicht Weimar* von Fritz René Allemann an, dessen Titel in der politischen Diskussion längst zu einem geflügelten Wort geworden war.<sup>8</sup>

Es war daher kein Zufall, dass der Begriff der »Berliner Republik« im Zusammenhang mit der Hauptstadtdebatte entstand. Auch wenn es schwierig ist, einen konkreten Urheber zu benennen, so stellte der Journalist Gunter Hofmann wenige Tage nach dem Beschluss des Bundestags vom 20. Juni 1991 in der *Zeit* die Frage, ob sich die Bonner Republik nun zu einer Berliner Republik wandeln werde und welche Bedeutung sich daraus für die politische Zukunft Deutschlands ableiten lasse.<sup>9</sup> Zwar konnte Hofmann keine endgültigen Antworten geben – das wäre zu diesem frühen Zeitpunkt auch gar nicht möglich gewesen –, aber seine Beobachtung, dass sich die Meinungen längst daran schieden, »mit wieviel Vertrauen oder Mißtrauen man die tastenden Schritte verfolgen soll, weg von der Bonner, hin zur Berliner Republik«, traf die damalige Stimmungslage in weiten Teilen der politischen Öffentlichkeit durchaus zutreffend.<sup>10</sup>

Auffällig war, dass sich mit der Wortneuschöpfung zunächst in erster Linie pejorative Konnotationen verbanden. Wurde die alte Bundesrepublik als Inbegriff von innerer Stabilität, wirtschaftlicher Prosperität und äußerer Verlässlichkeit betrachtet, verband sich mit dem Schlagwort »Berliner Republik« die Warnung vor Geschichtsvergessenheit, der Krise der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems, vor Großspurigkeit und fehlendem Maßhalten. In einer Zeit, als die Hoffnung vorherrschte, dass die Wiedervereinigung lediglich zu einer um die ehemalige DDR erweiterten Bundesrepublik führen werde und ansonsten alles beim Alten bleibe, diente die »Berliner Republik« in den Feuilletonartikeln und politischen Kommentaren als Projektionsfläche für die meisten Problemfelder und gesellschaftlichen Defizite, die sich Anfang der 1990er Jahre auftaten. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bezeichnete den Begriff hingegen als »ausgemachten Unsinn«.<sup>11</sup> Auch innerhalb der Politik und der Geschichts-

7 Vgl. Galetti: Der Bundestag als Bauherr (wie Anm. 1), S. 97.

8 Fritz R. Allemann: *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956. – Vgl. auch Klaus Harpprecht: Der Gebildete, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27. Oktober 2003.

9 Vgl. Gunter Hofmann: Das Wagnis eines späten Neuanfangs. Wird aus der Bonner Republik eine Berliner Republik – und was würde dies bedeuten?, in: *Die Zeit* vom 28. Juni 1991, S. 3.

10 Ebd. – Vgl. auch Gunter Hofmann: Laute Töne, leise Zweifel. Berlin hat die Mehrheit, aber noch nicht viele Freunde, in: *Die Zeit* vom 26. Juli 1991, S. 4.

11 Zit. nach Michael Sontheimer: *Berlin, Berlin. Der Umzug in die Hauptstadt*, Hamburg 1999, S. 222.



Unterzeichnung des  
Hauptstadtvertrags  
im Berliner Rathaus,  
25. August 1992. Am  
Rednerpult Bundes-  
kanzler Helmut Kohl.

wissenschaft überwogen zunächst die skeptischen Stimmen. So sprach der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse davon, dass das wiedervereinigte Deutschland eine erweiterte »Bonner Republik«, aber keine »Berliner Republik« sein werde, und das sei auch gut so.<sup>12</sup> Einige Jahre später erklärte der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern, dass es ihm Unbehagen bereite, von einer »Berliner Republik« zu sprechen, weil der Begriff eine Diskontinuität unterstreiche, die seiner Meinung nach gar nicht bestehe.<sup>13</sup>

Von Mitte der 1990er Jahre an wandelte sich die Konnotation des Begriffes dann langsam. Einen erheblichen Anteil daran hatte das Buch *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts* von Johannes Gross. Der konservative Publizist stellte darin die These auf, dass die Bundesrepublik durch die Wiedervereinigung nicht nur größer, sondern durch die damit einhergehenden Veränderungen der internationalen Politik von Grund auf

12 Evelyn Roll: Jetzt ist Bewährungsprobe. Der Hambacher Disput über den Stand der Politik, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. September 1992; Eckhard Jesse: Von der »Bonner Republik« zur »Berliner Republik«? Mehr Kontinuität als Wandel, in: Karl Eckert/Eckhard Jesse (Hrsg.): *Das wiedervereinigte Deutschland. Eine erweiterte oder erneuerte Bundesrepublik?*, Berlin 1999, S. 21–33.

13 »Fritz Stern mahnt innere Wiedervereinigung Deutschlands an«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. Oktober 1999.

anders geworden sei. Zwar sei die Berliner Republik mit der Bonner Republik staatsrechtlich betrachtet identisch – in gesellschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht sei sie das aber keineswegs.<sup>14</sup> War Bonn für Gross der Inbegriff des schwachen politischen Zentrums, das nie Hauptstadt im vollen Sinn des Wortes gewesen wäre,<sup>15</sup> werde Berlin künftig eine besondere Sogwirkung entfalten und »nicht nur Hauptquartier der Bundespolitik sein, sondern auch Lebensmittelpunkt der sie gestaltenden Personen«. Und das wiederum müsse sich auf die Atmosphäre des Regierens auswirken.<sup>16</sup>

Fraglos leistete Gross' einflussreiches Buch einen wichtigen Beitrag zu diesem Bedeutungswandel. Doch kamen weitere Aspekte hinzu. Nach dem Abschluss der letzten grundsätzlichen Diskussionen und der Klärung der zahlreichen rechtlichen Schwierigkeiten, die den Hauptstadttumzug über mehrere Jahre verzögerten, führte der Beginn der Bauarbeiten im künftigen Regierungsviertel zu einer allgemeinen Aufbruchsstimmung, die weite Teile des politischen Lebens erfasste. In der historischen Mitte Berlins zwischen Alexanderplatz, Potsdamer Platz und dem Spreebogen zeichneten sich die Konturen einer modernen und dynamischen Metropole ab. Während die wieder zusammenwachsende Stadt nun immer stärker mit Fortschritt und Bewegung in Verbindung gebracht wurde, deutete man Bonn zum Inbegriff für Behäbigkeit, manchenorts sogar für Stillstand um.<sup>17</sup> Der Bedeutungswechsel speiste sich ebenso aus der Erfahrung, dass die prognostizierten Schreckensszenarien, »Berlin« könne zu einem zweiten »Weimar« werden, nicht Wirklichkeit wurden. Die bewährten Parameter der alten Bundesrepublik in der Innen- und Außenpolitik blieben erhalten, wenngleich sie sich im Detail wandelten.<sup>18</sup> Darüber hinaus vollzog sich gegen Ende des Jahrzehnts ein Generationenwechsel in der deutschen Politik, dessen Tragweite man nicht geringschätzen sollte. In allen Parteien wurde die Gruppe der Politiker, die den Zweiten Weltkrieg und die schwierigen Nachkriegsjahre noch persönlich miterlebt hatten, durch eine jüngere Generation abgelöst, der diese Erfahrungen weitgehend fehlten. Die nachrückenden Politiker und Haupt-

14 Johannes Gross: *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1995, S. 7f.

15 Vgl. ders.: *Phönix in Asche*, Düsseldorf 1989.

16 Ders.: *Begründung der Berliner Republik* (wie Anm. 14), S. 92f.

17 Joannah Caborn: *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik* (= Edition DISS, Bd. 10), Münster 2006, S. 28.

18 Vgl. Arnulf Baring: *Die Berliner Republik. Erwartungen und Herausforderungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 49 (1999), H. 32/33, S. 9–15; Max A. Höfer: *Die »Berliner Republik« als Kampfbegriff?*, in: *APuZ* B 6–7 (2001), S. 27–30, bes. S. 27f.; Kurt Kister: *Auch ohne unseren Kiosk*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27. Dezember 1999, S. 9.

stadtjournalisten hatten eine andere Perspektive auf die jüngere deutsche Geschichte, die sich hauptsächlich aus den gesellschaftlichen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre ableitete. Das wiederum schlug sich in einem Wandel des politischen Selbstverständnisses nieder.<sup>19</sup>

Auch der Machtwechsel von 1998, als die Regierung Helmut Kohls nach 16 Jahren abgewählt wurde, spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die neue rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) griff den Terminus der »Berliner Republik« auf und interpretierte ihn in ihrem Sinn um. Sie besetzte ihn eindeutig positiv und verwendete ihn wie selbstverständlich im Sinne eines politischen und gesellschaftlichen Umbruchs. Indem man sich von der »Bonner Republik« abgrenzte, zog man gleichzeitig eine Trennlinie zur vorherigen Bundesregierung.<sup>20</sup> In seiner ersten Regierungserklärung brachte Gerhard Schröder am 10. November 1998 den Terminus der »Berliner Republik« mit der von ihm im Wahlkampf beschworenen »Neuen Mitte« in Verbindung.<sup>21</sup> Auch in der Außenpolitik sah Schröder eine Zeitenwende angebrochen. Mit Blick auf die Staaten Osteuropas schrieb er darüber rückblickend: »Mir scheint [...] der Umzug der Bundesregierung nach Berlin [...] die entscheidende Zäsur dafür gewesen zu sein, die neue, die Nachwendewelt in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen – als ob ein Schleier gelüftet wurde und den Blick freilegte. Wir schauten auf eine Welt, die mit der zwischen Tulpenfeld und Dahlmannstraße in der kleinen Stadt Bonn am Rhein gepflegten betulichen Abwendung vom globalen Geschehen nicht zu begreifen gewesen war.«<sup>22</sup>

Dieses abfällige Urteil war angesichts der Erfolge der seit 1949 von Bonn aus betriebenen Außenpolitik vielleicht ungerecht, doch kam in ihm genau jene Aufbruchsstimmung zum Ausdruck, die auch der Antrieb für die Gründung der Zeitschrift *Berliner Republik* im Oktober 1999 war. Wieso man ausgerechnet diesen Namen wählte, erklärte der Chefredakteur Hans-Peter Bartels im Editorial der ersten Ausgabe: »Weil es das westdeutsche Mauerschattenland längst nicht mehr gibt; weil die Republik gerade umgezogen ist. Nun wird sie renoviert.

19 Brunssen: Das neue Selbstverständnis (wie Anm. 4), S. 13 f. – Vgl. auch ders.: The New Self-Understanding of the Berlin Republik. Readings of Contemporary German History, in: Stuart Taberner/Frank Finley (Hrsg.): Recasting German Identity. Culture, Politics, and Literature in the Berlin Republic, Rochester, NY 2002, S. 19–36.

20 Brunssen: Das neue Selbstverständnis (wie Anm. 4), S. 15.

21 Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 3. Sitzung am 10. November 1998, Bonn 1998, S. 47–67, bes. S. 62. – Zur »Neuen Mitte« siehe auch Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 814–819.

22 Gerhard Schröder: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2007, S. 78.

Bundeskanzler  
Gerhard Schröder  
begrüßt Joschka  
Fischer anlässlich der  
ersten Sitzung des  
neuen Bundeskabi-  
netts in Berlin,  
25. November 1998.



Was Neues, Anderes, Besseres aus Berlin kommen wird, kommen soll – darüber wollen wir schreiben und diskutieren.«<sup>23</sup> Es war kein Zufall, dass die *Berliner Republik* von zehn jüngeren SPD-Bundestagsabgeordneten ins Leben gerufen wurde, die man dem Umfeld des reformorientierten »Seeheimer Kreises« zu-rechnet.<sup>24</sup> Bewusst reklamierte der Macht- und Generationenwechsel Ende der 1990er Jahre also ein neues politisches Selbstverständnis, für das die »Berliner Republik« gleichsam als Chiffre diente.

Die aufgeregten Diskussionen um die politische Interpretation des Begriffs der Berliner Republik gehören seit mehr als einem Jahrzehnt der Vergangenheit an. Inzwischen hat sich der Terminus nicht nur im täglichen Sprachgebrauch durchgesetzt; er hat auch Eingang in die zeithistorische Forschung gefunden, wenn es darum geht, die jüngste deutsche Geschichte unter einem prägnanten Oberbegriff zu fassen. Dennoch bleibt er weiterhin umstritten. Sowohl in der Geschichts- als auch in der Politikwissenschaft existieren sehr unterschiedliche Auffassungen von seinem Sinn und Nutzen. Diese Differenzen drehen sich im Kern um die Frage, ob man für die Zeit seit 1990 die Kontinuitäten zur alten

23 Hans-Peter Bartels: Warum diese Zeitung sein muss, in: *Berliner Republik* 1/1999, S. 1.

24 Vgl. Brunssen: Das neue Selbstverständnis (wie Anm. 4) S. 16; Jan I. Grüner: Ankunft in Deutschland. Die Intellektuellen und die Berliner Republik 1998–2006, Berlin 2012, S. 56.



Bundesrepublik stärker gewichtet oder aber den Wandel, der seitdem eingetreten ist. So verweist der Hamburger Historiker Axel Schildt in seinem vielbeachteten Essay *Ankunft im Westen* aus dem Jahr 1999 darauf, dass die Begrifflichkeit falsche Assoziationen wecke, denn das wiedervereinigte Deutschland bewege sich weiterhin in dem vom Grundgesetz 1949 gesteckten Rahmen. Die Berliner Republik sei demnach lediglich eine Fortentwicklung.<sup>25</sup> In späteren Veröffentlichungen gebraucht Schildt den Begriff in Anführungszeichen.<sup>26</sup>

Auch Eckhard Jesse hebt die Kontinuität als Wesensmerkmal deutscher Politik nach der Wiedervereinigung hervor. Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik sei keine neue, sondern eine erweiterte Republik entstanden.<sup>27</sup> Zum zehnten Jahrestag des Hauptstadtbeschlusses riet Kurt Sontheimer zu einer pragmatischen Verwendung des Begriffs. Für ihn sprach nichts dagegen, von einer Berliner Republik zu sprechen, solange damit keine Wertung verbunden sei. »Sollte man mit dieser Bezeichnung jedoch zum Ausdruck bringen wollen, dass es sich bei der Berliner Republik um eine wesentlich andere Republik als die von Bonn handle – so wie man in Frankreich die fünf Republiken voneinander unterscheidet –, so wäre das irreführend und die Vortäuschung eines Wandels, der über das hinausgeht, was die sich laufend verwandelnde Welt, in der wir leben, an politischen Veränderungen mit sich bringt.«<sup>28</sup>

Eine gänzlich andere Meinung vertritt hingegen der Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum. »Es ist offenkundig«, urteilt Wolfrum, »daß sich die politischen Herausforderungen seit den 90er Jahren – die deutsche Wiedervereinigung, die Begründung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Osterweiterung, die Neuordnung der internationalen Staatenwelt, die ökonomische Entgrenzung der Wirtschaft, die Rückkehr des Krieges und die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus – von denen vorangegangener Jahrzehnte gravierend unterscheiden.«<sup>29</sup> Wolfrum versteht die Rede von der Berliner Republik daher als einen symbolhaften Ausdruck dafür, »daß sich die Bundesrepublik in Reaktion auf die Umwälzungen nach 1989 selbst verän-

25 Vgl. Axel Schildt: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main 1999, S. 9.

26 Vgl. ders.: *Zeitgeschichte der »Berliner Republik«*, in: *APuZ* 1–3 (2012), S. 3–8.

27 Eckhard Jesse: *Bundesrepublik Deutschland. Geschichte*, in: Werner Weidenfeld/Karl R. Korte (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999*, Frankfurt am Main 1999, S. 100–109, hier S. 107.

28 Kurt Sontheimer: *Berlin schafft keine neue Republik – und sie bewegt sich doch*, in: *APuZ* B 1–2 (2001), S. 3–5, hier S. 5.

29 Edgar Wolfrum: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 505.

dert, weil sich ihre langfristigen Entwicklungsbedingungen gewandelt haben.«<sup>30</sup> Auch Manfred Görtemaker ist der Auffassung, dass die Verwendung des Begriffs aus der Perspektive des Historikers durchaus seine Berechtigung habe. Zwar weist er auf die positiven Kontinuitäten aus der Bonner Republik in der Innen- und Außenpolitik hin, die weiterhin ihre Gültigkeit besitzen werden, dennoch erkennt er in den eingetretenen Veränderungen ein bestimmendes Merkmal des wiedervereinigten Deutschlands. Görtemaker zufolge geht es bei der Berliner Republik weniger um den Sitz von Parlament und Regierung »als vielmehr [...] um die Neuartigkeit des politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umfeldes, in dem die Bundesrepublik seit 1989/90 agiert.«<sup>31</sup>

Die Herausgeber des vorliegenden Bandes schließen sich der Meinung insofern an, als für sie der Terminus »Berliner Republik« zur Beschreibung der jüngsten Zeitgeschichte eine wichtige Hilfestellung bieten kann. Sicherlich gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, welches Ausmaß der angesprochene Wandel seit der Wiedervereinigung erreicht hat. Auch sollte der Begriff nicht unreflektiert verwendet werden, sondern es gilt, ihn stetig aufs Neue zu hinterfragen. Doch für den Historiker, dessen vornehmste Aufgabe darin besteht, dem fortlaufenden Strom der Geschichte im Nachhinein eine Struktur zu geben, bietet die Trias von der Weimarer, der Bonner und der Berliner Republik gute Möglichkeiten, um die Geschichte der Demokratie in Deutschland im 20. Jahrhundert begrifflich zu fassen und ihre Kapitel voneinander zu unterscheiden.

Im Allgemeinen ist die Vorstellung verbreitet, dass der Gebrauch einer solchen Bezeichnung die Existenz einer tiefen Zäsur zur Voraussetzung haben müsse – man denke etwa an eine Revolution, einen Putsch oder die gewaltsame Auflösung eines Staatswesens. Das Bild von der »Stunde Null« 1945 hat unser Verständnis von der Geschichte der Bundesrepublik stark geprägt. Eine solche tiefgreifende Veränderung gab es 1990 freilich nicht. Eine Revolution fand zwar auf dem Gebiet der DDR statt; dort ist mit einem diktatorischen Regime gebrochen worden. Für den Verfassungsrahmen der Bundesrepublik änderte sich dadurch aber kaum etwas. Doch auch wenn eine solche Zäsur 1990 alles in allem fehlte, sollte man die Bedeutung eines evolutionären Prozesses nicht unterschätzen. Auch er kann zu einschneidenden Veränderungen in der inneren und äußeren Verfasstheit eines Staates führen. Mehr noch: Er erweist sich sogar als der Normalfall. Insofern bietet es sich an, die Berliner Republik nicht als politisch aufgeladenen Kampfbegriff zu betrachten, sondern ihn wertneutral

30 Ebd.

31 Manfred Görtemaker: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 16), Berlin 2009, S. 9.



Kanzlerfest am  
Brandenburger Tor,  
12. September 1999.

zur Kennzeichnung eines eigenen Kapitels deutscher Geschichte zu gebrauchen, das noch nicht abgeschlossen ist, sondern sich im weiteren Werden begriffen sieht. Es steht nicht losgelöst für sich allein, sondern bleibt in die Geschichte der Bundesrepublik eingebettet.

## Die Berliner Republik als Forschungsfeld

Wer sich einen Überblick über die einschlägigen Veröffentlichungen zur Entwicklung der letzten 20 Jahre des vereinigten Deutschlands verschafft, der stößt auf eine Vielzahl an Titeln, mit der man ohne weiteres eine kleine Bibliothek füllen könnte. Neben der beachtlichen Quantität fällt die große Vielfalt an methodischen Zugängen ins Auge. Gleich mehrere geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen haben die Berliner Republik als Untersuchungsgegenstand für sich entdeckt. So hat sich nicht nur die Politikwissenschaft mit diversen innen- und außenpolitischen Aspekten beschäftigt, sondern auch aus der Soziologie und der Medienwissenschaft sowie der Kultur- und der Kommunikationswissenschaft liegen inzwischen einschlägige Studien vor.

Obwohl es an dieser Stelle nicht möglich ist, die ganze Bandbreite an Publikationen darzulegen, lassen sich einige Themenkreise benennen, die sich als

Schwerpunkte des Forschungsinteresses herauskristallisieren. So sind wichtige Arbeiten zur innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik seit 1990 entstanden. Insbesondere der politische Extremismus hat dabei Aufmerksamkeit gefunden. Die Brisanz dieses Themenbereichs ist vor dem Hintergrund der ausländerfeindlichen Gewalttaten zu Beginn der 1990er Jahre zu sehen – man denke etwa an die Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) sowie an die Brandanschläge von Mölln (1992) und Solingen (1993), bei denen mehrere Menschen auf tragische Weise ums Leben kamen. Sie lösten nicht nur in Deutschland Empörung und Fassungslosigkeit aus, sondern nährten wenige Jahre nach der Einheit ebenfalls in den europäischen Nachbarländern die Sorge vor einem Widererstarken des deutschen Nationalismus.<sup>32</sup>

Noch stärker sind allerdings die Veränderungen in der Parteienlandschaft und ihre Auswirkungen auf das politische System der Bundesrepublik von Politikwissenschaftlern und Soziologen aufgegriffen worden. Ebenso werden die Fragen nach dem Stand der »inneren Einheit« sowie nach den kulturellen, weltanschaulichen und mentalen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschen von den Sozialwissenschaften untersucht.<sup>33</sup> Der Wandel in der Erinnerungskultur sowie das sich verändernde Geschichtsbewusstsein der Deutschen bilden ebenfalls den Gegenstand einschlägiger Studien. Das Für und Wider, ob die Deutschen nach der Wiedervereinigung endlich in der »Normalität« angekommen seien oder ob sich eine »Schlussstrichmentalität« unter ihnen entwickelt habe, lässt sich anhand der Diskussionen um die Gestaltung des Denkmals

32 Stellvertretend für die zahlreichen Studien seien genannt Gerard Braunthal: *The right-wing scene. A danger to democracy?*, in: Mary N. Hampton/Christian Søe (Hrsg.): *Between Bonn and Berlin. German Politics Adrift?*, Lanham, Md. u. a. 1999, S. 155–168; Gerard Braunthal: *Right-Wing Extremism in Contemporary Germany* (= *New Perspectives in German Political Studies*), Basingstoke u. a. 2009; Hajo Funke: *Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik* (= *Schriftenreihe Politik und Kultur*, Bd. 4), Berlin 2002; Eckhard Jesse/Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.): *Politischer Extremismus und Parteien* (= *Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, Bd. 92), Berlin 2007; Friedemann Schmidt: *Die neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs*, Wiesbaden 2001; Henrik Steglich: *Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns* (= *Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung*, Bd. 39), Göttingen 2010; Christoph Weckenbrock: *Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung* (= *Forum junge Politikwissenschaft*, Bd. 19), Bonn 2009.

33 Vgl. Hartmut Esser (Hrsg.) *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*, Wiesbaden 2000; Jürgen W. Falter: *Die blockierte Nation. Zur Lage der Berliner Republik*, München 2004; Heiner Meulemann: *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation* (= *Grundlagentexte Soziologie*), Weinheim u. a. 1996; Rolf Reißig: *Die gesplante Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung*, Berlin 2000; Klaus Schroeder: *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Stamsried 2006.

für die ermordeten Juden Europas in Berlin exemplarisch nachzeichnen.<sup>34</sup> Das Geschichtsbewusstsein erweist sich wiederum als ein wichtiger Bestandteil des gewandelten nationalen Selbstverständnisses.<sup>35</sup> In diesem Zusammenhang ist auf den Bezug zwischen der Hauptstadtarchitektur und der neuen politischen Identität der Berliner Republik hinzuweisen.<sup>36</sup> Auch die Veränderungen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit 1990 haben in der Forschung Beachtung gefunden.<sup>37</sup> Die Rolle der Medien im kommunikativen Raum und ihr Einfluss als »vierte Gewalt« auf die politische Kultur der Bundesrepublik werden ebenfalls berücksichtigt.<sup>38</sup>

Es fällt auf, dass die zeithistorische Forschung bei nahezu allen aufgeführten Schwerpunkten bislang nur einen relativ bescheidenen Beitrag zur Beschäftigung mit der Berliner Republik geleistet hat. Zwar finden sich in den neueren Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik mehr oder weniger

34 Vgl. Peter Carrier: *Holocaust Monuments and National Memory Cultures in France and Germany Since 1989. The Origins and Political Function of the Vél' d'Hiv' in Paris and the Holocaust Monument in Berlin*, New York u. a. 2005; Jan-Holger Kirsch: *Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales »Holocaust-Mahnmal« für die Berliner Republik* (= Beiträge zur Geschichtskultur, Bd. 25), Köln u. a. 2003; Claus Leggewie/Erik Meyer: »Ein Ort, an den man gerne geht«. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München u. a. 2005; Michael Schmitz: *Ein deutsches Denkmal. Das Holocaust-Denkmal im Brennpunkt deutscher Erinnerungspolitik*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 87 (2005), H. 1, S. 165–193; Julius H. Schoeps: *Die Last der Geschichte. Nationalsozialismus und Judenmord in der Erinnerung der Deutschen. Dargestellt und analysiert am Beispiel der Debatten um das Berliner Holocaust-Denkmal*, in: *Menora* 11 (2000), S. 13–25; Hans-Georg Stavinski: *Das Holocaust-Denkmal. Der Streit um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« in Berlin (1988–1999)*, Paderborn u. a. 2002; Martina Thiele: »Ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Die publizistische Kontroverse um das Berliner Holocaust-Denkmal, in: *Deutsche Studien* 34 (1997), H. 133/134, S. 90–97; Karen E. Till: *The New Berlin. Memory, Politics, Place*, Minneapolis, Minn. u. a. 2005.

35 Vgl. Brunssen: *Das neue Selbstverständnis* (wie Anm. 4); Herfried Münkler/Jens Hacke (Hrsg.): *Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989* (= *Eigene und fremde Welten*, Bd. 13), Frankfurt am Main u. a. 2009; Klaus von Schilling: *Scheitern an der Vergangenheit. Das deutsche Selbstverständnis zwischen Re-Education und Berliner Republik*, Berlin u. a. 2002.

36 Vgl. Galetti: *Der Bundestag als Bauherr* (wie Anm. 1); Florian Hertweck: *Der Berliner Architekturstreit. Architektur, Stadtbau, Geschichte und Identität in der Berliner Republik, 1989–1999*, Berlin 2010.

37 Vgl. Roland Friedrich: *Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt* (= *Berliner Schriften zur internationalen Politik*), Wiesbaden 2005; Helga Haftendorn: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000*, Stuttgart u. a. 2001; Wolfram Hilz: *Europas verhintertes Führungstrio. Die Sicherheitspolitik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens in den Neunzigern*, Paderborn u. a. 2005; Hanns W. Maull (Hrsg.): *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic* (= *New Perspectives in German Studies*), Basingstoke u. a. 2006; Tilman-Ulrich Pietz: *Zwischen Interessen und Illusionen. Die deutsche Außenpolitik und die Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen*, Marburg 2007.

38 Vgl. Lutz Hachmeister: *Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik*, München 2007.



Das Bundeskanzleramt, 2013.



ausführliche Passagen, in denen auf die Entwicklung des vereinigten Deutschlands eingegangen wird. Jedoch tragen diese Kapitel häufig den Charakter eines Ausblicks. Sie dienen in der Regel dazu, die Geschichte der alten Bundesrepublik an die Gegenwart heranzuführen. Gesamtschauen, die primär die Zeit nach 1990 in den Blick nehmen, liegen bislang kaum vor. Neben mehreren Studien zu Einzelthemen ist hier in erster Linie das 2009 erschienene Buch von Manfred Görtemaker zur Berliner Republik zu nennen, welches den Abschluss der Reihe *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert* bildet.<sup>39</sup> Darüber hinaus bieten die Arbeiten von Edgar Wolfrum wichtige Zugänge zum Verständnis der deutschen Zeitgeschichte.<sup>40</sup>

Für diese augenfällige Zurückhaltung der historischen Forschung bei der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit lassen sich mehrere Gründe anführen. Eine ganz wesentliche Ursache ist in dem Quellenproblem zu sehen, das sich für die Geschichtswissenschaft aus dem begrenzten Aktenzugang ergibt. Hans-Peter Schwarz hat in diesem Zusammenhang einmal von den Historikern als schwer gerüsteten Hoplitens-Kolonnen gesprochen, die unter Respektierung der 30-Jahres-Sperre auf amtliches Archivgut der Politikwissenschaft als einer Art von leichter Kavallerie hinterher stampfen, dann aber keinen Halm auf dem Schlachtfeld stehen lassen.<sup>41</sup> Lässt man die feine Ironie dieses Bildes beiseite, dann bleibt festzuhalten, dass der zeithistorischen Forschung Archivalien staatlicher Provenienz zur Berliner Republik wie auch personenbezogenes Schriftgut, das in der Regel sogar noch viel restriktiveren Sperrfristen unterliegt, bislang nur in einem sehr begrenzten Maße zur Verfügung stehen. Somit muss der Historiker in erster Linie auf anderweitig verfügbares Schriftgut zurückgreifen – und dabei teils erhebliche methodische Probleme in Kauf nehmen. Letztlich stellt sich die Frage, ob die zeithistorische Forschung bereits jetzt größere Entwicklungslinien in historischer Perspektive aufzeigen kann oder ob sie nicht lediglich den Kommentar zum Tagesgeschehen gibt. Das Problem von Distanz und Nähe zum Untersuchungsgegenstand muss in diesem Kontext ebenso angesprochen werden. Aber sämtliche aufgezählte Aspekte stellen sich nicht lediglich bei der Beschäftigung mit der Berliner Republik ein, sondern sie betreffen jedes Betätigungsfeld der zeithistorischen Forschung.

39 Vgl. Görtemaker: *Die Berliner Republik* (wie Anm. 31).

40 Vgl. Wolfrum: *Die geglückte Demokratie* (wie Anm. 29); ders.: *Die 90er Jahre. Wiedervereinigung und Weltkrisen* (= *Deutschland im Fokus*, Bd. 5), Darmstadt 2008; ders.: *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013.

41 Hans-Peter Schwarz: *Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt?*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 1–23, bes. S. 1.



Viele der aufgeworfenen Fragen standen im Mittelpunkt einer Konferenz, die im April 2011 im Landesarchiv Berlin stattfand und die der vorliegende Sammelband dokumentiert. Zwei Tage lang diskutierten Historiker und Politikwissenschaftler über den Stand und die Perspektiven der Forschungen zur Berliner Republik. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Landesarchiv Berlin, der Professur Neuere Geschichte I an der Universität Potsdam, der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv sowie den beiden Historischen Kommissionen von Berlin und Brandenburg organisiert. Die Stiftung Preußische Seehandlung unterstützte die Durchführung der Tagung finanziell. Erklärtes Ziel war es, die bisherigen Forschungen zur jüngsten deutschen Geschichte zusammenzuführen, den Kenntnisstand zu bündeln und daraus neue Fragestellungen für künftige Untersuchungen zu entwickeln.

Den Anlass für die Veranstaltung im Berliner Landesarchiv bot der 60. Geburtstag von Manfred Görtemaker, dem die Organisatoren der Konferenz, die auch die Rolle der Herausgeber des nun erscheinenden Bandes übernommen haben, seit vielen Jahren beruflich und persönlich tief verbunden sind. Gemeinsam haben sie an seiner Professur für Neuere Geschichte I am Historischen Institut der Universität Potsdam gearbeitet und viele der dort entstandenen Projekte mit begleitet. Manfred Görtemakers großes Interesse an zeitgeschichtlichen Themen im Allgemeinen sowie an der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen legte es nahe, ihm zu Ehren eine wissenschaftliche Konferenz zu organisieren, die sich genau auf jenes Forschungsfeld konzentrierte, das ihn seit langer Zeit beschäftigt. Neben den Publikationen ist besonders auf sein umfangliches Engagement hinzuweisen, die Berliner Republik als Forschungsujet auch jungen Historikerinnen und Historikern nahezubringen und die Thematik viel stärker in die universitäre Lehre einzubeziehen als dies gemeinhin der Fall ist. So bildet die deutsche Geschichte seit 1990 einen eigenen inhaltlichen Schwerpunkt in dem maßgeblich von ihm konzipierten Masterstudiengang Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

## Die Beiträge

Der vorliegende Band vereint zehn Beiträge, die sich innen- und außenpolitischen sowie kulturellen und gesellschaftlichen Aspekten der Geschichte der Berliner Republik widmen. Die Auswahl konzentriert sich einerseits auf Themen, die bereits Gegenstand sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschungen gewesen sind, und andererseits auf solche, die bislang nur wenig Beachtung gefunden haben. Dabei soll keineswegs der Anspruch erhoben werden, ein vollständiges

Bild zu zeichnen. Vielmehr geht es darum, den Blick auf Schwerpunkte zu lenken, die zum Verständnis der Entwicklung Deutschlands in den letzten beiden Jahrzehnten und für die Herausbildung eines zeithistorischen Problembewusstseins zur Geschichte der Berliner Republik von besonderer Relevanz sind.

Zu den Problemen, die bereits seit langer Zeit sowohl von der Politikwissenschaft als auch von der zeithistorischen Forschung diskutiert werden, gehört die Frage nach dem persönlichen Einfluss des Bundeskanzlers auf die politische Entwicklung der Republik. Zwar schreibt das Grundgesetz fest, dass der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Wie weit sein Gestaltungsspielraum aber in Wirklichkeit reicht, darüber existieren sehr unterschiedliche Auffassungen – zumal die Möglichkeiten nicht zuletzt von dem Durchsetzungsvermögen des jeweiligen Amtsinhabers abhängig sind. Im ersten Beitrag geht Andreas Wirsching (München) zunächst den historischen Grundlagen der »Kanzlerdemokratie« nach. Sie sind in den Beratungen des Parlamentarischen Rats von 1948 zu verorten. Den Vätern und Müttern des Grundgesetzes ging es darum, dem Kanzler eine große Machtfülle zuzugestehen, um den Fehlern der Weimarer Republik mit ihren schwachen Kabinetten und den rasch wechselnden Regierungskoalitionen entgegenzuwirken. Wirsching untersucht, inwieweit für die drei Kanzlerschaften von Helmut Kohl (CDU), Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU) von einer »Kanzlerdemokratie« gesprochen werden kann. Trotz der herausragenden Rolle Kohls im deutschen Einigungsprozess 1989/90 dürfe man das Bild vom alles dominierenden »Kanzler der Einheit« nicht verabsolutieren. Vielmehr sei der weitaus größte Teil der Ära Kohl seit 1982 durch ein Nebeneinander von »Kanzlerdemokratie« und »Koordinationsdemokratie« geprägt gewesen, bei der der Regierungschef eine zu frühe Festlegung auf Positionen vermied, auf seine Richtlinienkompetenz bewusst verzichtete und darauf bedacht war, Kompromisse zu suchen und die unterschiedlichen Interessen von Wirtschaftsverbänden, Parteien und anderen gesellschaftlichen Kräften auszuwägen. Die Regierung Kohl sei dem Autor zufolge durch eine »Macht durch Moderation« geprägt gewesen.

Gerhard Schröder habe hingegen den »Prototypen des telegenen Medienkanzlers« dargestellt, der sich mit Einzelaktionen als Macher und starker Kanzler geschickt zu profilieren vermochte. Viel stärker als sein Amtsvorgänger Kohl beanspruchte er die im Grundgesetz festgeschriebene Richtlinienkompetenz. Dem gegenüber habe sich der Regierungsstil Angela Merkels in der Großen Koalition in einem Dreieck von Parteien-, Verhandlungs- und Mediendemokratie bewegt. Auch wenn sich in den letzten Jahren im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Eurokrise der Blick verstärkt auf die Staats- und Regierungschefs als Entscheidungsträger gerichtet habe, bleibe ihr

tatsächlicher Einfluss auf die Entwicklung der Krisen und auf ihre Bewältigung beschränkt. Wirsching kommt zu dem Schluss, dass die strukturellen Beschränkungen der Kanzlermacht höher zu bewerten seien als vorübergehende internationale Ereigniskomplexe, die als Stunde einer starken Bundeskanzlerin wahrgenommen würden.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht beleuchtet Karl-Rudolf Korte (Duisburg-Essen) die Veränderungen des politischen Systems in der Bundesrepublik seit 1990 und fragt nach deren Auswirkungen auf das Regierungshandeln sowie das Politikmanagement. In dem Wandel vom Dreiparteiensystem der alten Bonner Republik hin zur Etablierung eines Fünfparteiensystems, das erst nach der Wiedervereinigung entstand, erkennt er gravierende Auswirkungen auf die bundesdeutsche Machttektonik. Die Suche nach Mehrheiten sei in der Berliner Republik zu einem Kernproblem der Parteien geworden. Der Niedergang der einstmals mächtigen Volksparteien CDU/CSU und SPD, die erheblich von ihrer einstigen Bedeutung eingebüßt hätten, erweise sich dabei als eine große Herausforderung. Hinzu komme, dass die Demokratie in Zeiten schwindender Gewissheiten Substanzverluste zu verzeichnen habe. Zwar sei die Kritik an den Parteien ein altes Phänomen, aber das sinkende Engagement in den Parteien sowie das zurückgehende Wählerinteresse stellten große Herausforderungen dar, denen es mit neuen Strategien zu begegnen gelte. Die Distanz zwischen den Bürgern und der Politik wachse, politische Entscheidungen werden stärker als je zuvor auf ihre Legitimation hin überprüft.

Zudem werde im außerparlamentarischen Raum nach alternativen Einflussmöglichkeiten gesucht. Gleichwohl hält Korte einen Alarmismus von der Krise der Demokratie und der Parteien, wie er in den Medien immer wieder heraufbeschworen werde, für unangebracht. Aufgrund diverser Faktoren sei die Politik der Berliner Republik komplexer und kurzlebiger geworden. Der Politiker stehe viel häufiger in der öffentlichen Wahrnehmung unter Rechtfertigungsdruck, zugleich verringere sich die Zeit, die zur Verfügung stehe, um politische Entscheidungen zu treffen. Gefordert sei daher die Herausbildung einer politischen Risikokompetenz, wie sie in der Politikwissenschaft die moderne Regierungsforschung entwickle.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung der Berliner Republik steht im Mittelpunkt der Ausführungen von Frank E. W. Zschaler (Eichstätt). Zschaler zieht eine positive Zwischenbilanz des aktuellen wirtschaftlichen Zustands der Bundesrepublik. Seit der Einheit sei ein kontinuierlicher Anstieg der deutschen Wirtschaftsleistung zu verzeichnen gewesen, der lediglich im Jahr 2009 infolge der Auswirkungen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise kurzzeitig unterbrochen wurde. Nach den ökonomisch schwierigen Anfangsjahren der

Berliner Republik habe die Krise des Sozialstaats ab Mitte der 1990er Jahre zu einem allmählichen sozialpolitischen Umdenken geführt, welches jedoch erst unter Gerhard Schröder in die notwendigen Reformprojekte mündete.

Die Höhe der öffentlichen Verschuldung sowie die hohe Staatsquote stellen dem Autor zufolge das zentrale wirtschaftspolitische Problem der Berliner Republik dar. Dabei weist er darauf hin, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand nicht zuletzt aus den in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Anstrengungen resultiere, die seit 1990 zur Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen des Landes unternommen worden seien. Auch wenn im Zuge des »Aufbaus Ost« Fehler begangen und anfangs zu große Erwartungen geweckt worden seien, habe die Berliner Republik bei der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung der deutschen Einheit trotzdem keine schlechte Bilanz vorzuweisen. Indem die Große Koalition unter Angela Merkel ab 2009 Grenzen für die öffentliche Kreditaufnahme festgeschrieben habe (»Schuldenbremse«), habe sie einen Beitrag zur Verlangsamung der Neuverschuldung geleistet. Hinsichtlich der Staatsquote seien zwar in den späten 1990er Jahren von allen Bundesregierungen Bemühungen unternommen worden, diese abzubauen, letztlich hätten die politischen Regulierungsmaßnahmen seit 2009 jedoch wieder zu deren Anstieg geführt. Trotz der genannten Probleme knüpfte die Berliner Republik mit ihren vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenzahlen, einer starken internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie den wachsenden Wirtschaftszahlen an die Erfolge der Bonner Republik nahtlos an.

Neben der Innenpolitik gehört das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik zu jenen Bereichen, in denen sich nach der Wiedervereinigung die meisten Veränderungen abzeichneten. Durch den Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags im September 1990, der die rechtliche Frage der deutschen Einheit klärte, erweiterte sich der außenpolitische Handlungsrahmen der Bundesrepublik: Mit der Aufhebung der letzten noch bestehenden besatzungsrechtlichen Beschränkungen und Vorbehaltsrechte, die aus den Vereinbarungen der Alliierten von 1944 und 1945 resultierten, erhielt die Bundesrepublik Deutschland ihre vollständige außenpolitische Souveränität. Für sie endete damit die Nachkriegszeit endgültig. Zugleich zeichneten sich bereits neue Herausforderungen am Horizont ab.

In den Mittelpunkt des Beitrags von Michael Gehler (Hildesheim) rückt die Europapolitik des vereinigten Deutschlands, die sich stets als eine Integrationspolitik begriffen habe. Gehler unterscheidet dabei mehrere Entwicklungsetappen. So standen die Jahre 1991 bis 1998 im Zeichen einer Vertiefung der Westintegration. Der Autor betont die maßgebliche Rolle Deutschlands bei der Planung und Umsetzung der europäischen Währungsunion. Wenngleich die

ersten Vorzeichen für eine EU-»Osterweiterung« bereits unter Helmut Kohl zu erkennen waren, wurden die Beitrittsverhandlungen mit zwölf mittel- und osteuropäischen Staaten erst 1999 aufgenommen. Die Haltung der rot-grünen Bundesregierung in diesen Verhandlungen, die 2004 und 2007 mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten erfolgreich abgeschlossen wurden, war nach Gehlers Auffassung von immanenter Bedeutung.

In der Europapolitik habe das Scheitern des Verfassungsvertrags im Sommer 2005 Schröders Amtsnachfolgerin Angela Merkel gleich zu Beginn ihrer Kanzlerschaft mit einer beachtlichen Krise konfrontiert. In den folgenden Jahren übernahm die Bundesregierung eine Führungsrolle unter den europäischen Partnern, um wesentliche Teile des Verfassungsprojekts in ein neues Vertragswerk hinüberzuretten. Diese mündeten schließlich im Dezember 2009 in den Vertrag von Lissabon. Gehler betont, dass die Außenpolitik der Berliner Republik heterogener, komplexer, konfliktreicher und unüberschaubarer geworden sei. Die Multipolarität seit 1990 habe eine Neuausrichtung und Flexibilisierung der bundesdeutschen Europapolitik erforderlich gemacht. Die Berliner Republik sei nicht nur Zentralmacht, sondern auch Zivilmacht und Zahlmacht Europas.

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 gehören die engen deutsch-amerikanischen Beziehungen zu den wichtigsten Fundamenten der bundesdeutschen Außenpolitik. In den Jahrzehnten des Kalten Krieges bot in erster Linie das Engagement der USA dem westdeutschen Staat eine dauerhafte Schutzgarantie. Obwohl sich nach der Wiedervereinigung an der grundsätzlichen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik in Richtung Washington nicht viel verändert habe, erkennt Bernd Stöver (Potsdam) durchaus an verschiedenen Stellen einen Wandel im transatlantischen Verhältnis. So waren bereits Anfang der 1990er Jahre Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Engagement in Osteuropa zu beobachten.

Weitaus bedeutsamer wurde Stöver zufolge jedoch die deutsche Haltung in militärischen Konflikten auf der internationalen Bühne: Führte die Bundesrepublik im Zweiten Golfkrieg 1991 mit Verweis auf die historische Verantwortung die bislang von ihr praktizierte »Scheckbuchdiplomatie« fort, reagierten die USA mit Enttäuschung und Misstrauen auf alles, was den Schluss nahelegte, »Deutschland würde [...] auf dem bequemen Weg der alten Bonner Republik bleiben«. Gleichwohl verweist Stöver darauf, dass die Berliner Republik ihre neue Rolle in der internationalen Politik erst noch finden müssen. Die zentrale inhaltliche Zäsur sei 1999 mit dem ersten Kampfeinsatz einer deutschen Armee nach 1945 im Balkankrieg eingetreten. Der Zeithistoriker sieht in dem Schritt die eigentliche Begründung der Berliner Republik. Die von Gerhard Schröder nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 angekündigte

Das Reichstags-  
gebäude mit  
Paul-Löbe-Haus,  
2012.



»uneingeschränkte Solidarität« mit den USA und die Beteiligung der Bundesrepublik an dem Kampfeinsatz in Afghanistan sei im Jahr 2003 mit der Weigerung Berlins, sich an einem weiteren Krieg gegen Saddam Hussein zu beteiligen, relativiert worden. Hierdurch sei das transatlantische Verhältnis in eine tiefe Krise gestürzt worden und habe sich auf Regierungsebene nur langsam wiederherstellen lassen. Dass es bei der Entscheidung über Krieg oder Frieden nicht einzig um parteipolitische Differenzen zwischen dem rot-grünen Kabinett und der amerikanischen Regierung unter dem Republikaner George W. Bush ging, wurde aus Stövers Sicht spätestens im März 2011 deutlich, als sich die schwarz-gelbe Bundesregierung von Angela Merkel und Guido Westerwelle (FDP) zur Irritation Washingtons bei der Abstimmung über die UNO-Resolution zur Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthielt.

Stövers Ausführungen finden ihre Ergänzung in dem Beitrag von Michael Epkenhans (Potsdam), der den Weg der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren von der selbst auferlegten militärischen Zurückhaltung hin zu militärischen Auslandseinsätzen in den größeren Kontext der deutschen Geschichte stellt. Nach den Erfahrungen zweier Weltkriege und den damit verbundenen Zerstörungen habe sich in der alten Bundesrepublik eine tiefe Abkehr vom Krieg als Mittel der Politik im kollektiven Bewusstsein der Deutschen fest verankert. Die

pazifistischen Strömungen seien sehr vielschichtig gewesen. Sie hätten von den »Ohne mich!«-Demonstrationen zu Beginn der 1950er Jahre über die Proteste der Studentenbewegung von 1968 gegen den Vietnamkrieg bis hin zur Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre gereicht.

Die Vorstellung, dass die Bundesrepublik vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte die militärische Option ausschließlich im Verteidigungsfall einsetzen dürfe, habe lange Zeit auch das Denken und Handeln der Politik geprägt. Ein Umdenken begann Epkenhans zufolge erst nach der Wiedervereinigung. Nun habe sich die Einsicht verbreitet, dass in Zukunft kein Weg mehr daran vorbei führen werde, »außenpolitische Verlässlichkeit und Berechenbarkeit auch durch substanzielle, dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewicht entsprechende Beiträge zu demonstrieren«. Hierbei habe es sich jedoch um einen sehr schwierigen Erkenntnisprozess gehandelt, der bislang keineswegs abgeschlossen sei. Auch wenn die Politik die Notwendigkeit erkannt habe, im Bündnisrahmen stärker als bislang Verantwortung zu übernehmen, herrsche in der Bevölkerung weiterhin großes Misstrauen bis Ablehnung gegenüber einer deutschen Beteiligung an militärischen Operationen im Ausland.

Mit dem Aufsatz von Dominik Geppert (Bonn) wird der Blick auf den dritten großen Themenabschnitt des vorliegenden Buches gelenkt, nämlich die Entwicklung von Kultur und Gesellschaft im vereinten Deutschland. Der Historiker widmet sich der Rolle der Intellektuellen in der Berliner Republik. Am Beginn steht die Feststellung, dass entgegen mancher kulturpessimistischer Prognose der Tod des Intellektuellen nach 1990 nicht eingetreten sei. Vielmehr habe sich aus der Wiedervereinigung eine große Bandbreite an Themen ergeben, die von den Intellektuellen intensiv diskutiert worden seien und die teilweise immer noch die Gemüter bewegten. Hierzu zählten Geppert zufolge die Debatten um die Aufarbeitung und den künftigen Umgang mit den beiden Diktaturen, um die deutsche Vereinigung, um die Auslandseinsätze der Bundeswehr, um die Reformierung des Sozialstaats, um Möglichkeiten und Grenzen der Integration sowie um die innere Sicherheit im Zeichen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001. Geppert betont, dass es sich bei den genannten Debatten um Bestandteile eines im Entstehen begriffenen neuen nationalen Selbstverständnisses der Deutschen handele, das sich keineswegs »aus der bloßen Addition von DDR-Identität und alt-bundesrepublikanischer Identität« speise. Indem heute viele jüngere Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und Künstler andere Perspektiven zu Themen wie Europa, Krieg und Frieden oder »links« und »rechts« fänden, vollziehe sich unter den Intellektuellen ein Generationenwechsel, in dessen Verlauf der unmittelbare Einfluss der 45er Generation, die lange Zeit das nationale Selbstverständnis der

Deutschen dominiert habe, allmählich zurückgehen werde. Hierdurch würden sich die Schwerpunkte der intellektuellen Diskussionen in der Berliner Republik weiter verschieben.

Patrick Bahners (New York) wendet sich der Bedeutung von Johannes Gross für die Etablierung des Begriffs der Berliner Republik sowie seiner inhaltlichen Ausdeutung zu. Er sieht in dem Publizisten und Journalisten einen überaus klaren, analytischen Kommentator, der den aus der deutschen Wiedervereinigung hervorgegangenen Verfassungswandel sehr präzise und hellichtig beschrieb. In seinem Buch *Begründung der Berliner Republik* erkennt er den Versuch einer zeithistorischen Momentaufnahme. Das Werk habe auf die Selbstvergewisserung und das Selbstverständnis der Deutschen erheblichen Einfluss ausgeübt. Ausführlich geht der Autor auf Gross' Einschätzung ein, dass die Berliner Republik durch die Wiedervereinigung in der Normalität angekommen sei. Habe Bonn in einer »Epoke der beschränkten Souveränität und der ostentativen Selbstbeschränkung der Bundesrepublik« die Hauptstadtfunktion ausgefüllt, sei die Berliner Republik für Gross nichts anderes als der deutsche Nationalstaat, der sich »denselben Problemen schrumpfender Dispositionsräume nationaler Politik stellen musste wie jeder andere demokratische Staat im Weltalter der Globalisierung«. Bahners weist darauf hin, dass sich viele von Gross' innen- und außenpolitischen Prognosen – etwa der Niedergang der Volksparteien oder die Abschaffung der Wehrpflicht – bewahrheitet hätten. Der im September 1999 verstorbene Publizist habe sich somit als ein besonders helllichtiger Beobachter des Zeitgeschehens erwiesen.

Im Anschluss widmet sich Thomas Brechenmacher (Potsdam) der Entwicklung der Kirchen in der Berliner Republik. Der Autor hebt zunächst die wichtige Rolle der protestantischen Kirche während des politischen Umbruchs in der DDR 1989/90 hervor. Das hohe moralische Ansehen, das sie sich in dieser Zeit erworben habe, stehe aber im Kontrast zur geringen Bedeutung der konfessionellen Bindung in Ostdeutschland. Diese sei das Ergebnis des jahrzehntelangen Entchristianisierungsprozesses gewesen, der vom SED-Regime gewünscht und begünstigt worden sei. Die Wiedervereinigung führte laut Brechenmacher weder zu einer »Protestantisierung« der Berliner Republik noch zu einer katholischen Dominanz, sondern zunächst zu einer Parität von Katholiken und Protestanten auf niedrigem, sinkenden Niveau. Diese Situation habe sich von dem protestantischen Übergewicht des Deutschen Reiches und der leichten quantitativen Dominanz der Katholiken in der alten Bundesrepublik unterschieden. Auch wenn sich regionale Unterschiede zeigten, setze sich der Trend zur Entkirchlichung und Entchristlichung der Gesellschaft seit 1990 weiter fort. »Religion« sei zwar im Leben vieler Menschen weiterhin präsent, doch seien die Formen ihrer Prak-



tizierung und ihrer institutionellen Anbindung heute viel ausdifferenzierter als dies noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall gewesen sei. Brechenmacher zufolge stehen sowohl die katholische als auch die protestantische Kirche vor der Herausforderung, immer wieder Antworten zu finden auf die Frage, inwieweit man sich dem wandelnden Zeitgeist gegenüber aufgeschlossen zeigen müsse, was dann eine dauerhafte Modernisierung zur Konsequenz habe, oder ob man sich stattdessen mehr auf den Wesenskern des christlichen Glaubens konzentrieren solle. Trotz der sinkenden konfessionellen Bindung sieht er in den Kirchen weiterhin wichtige »Sachwalter der Transzendenz«.

Entgegen der Sorgen vieler Intellektueller und Opferverbände zu Beginn der 1990er Jahre, dass die Deutschen, sobald sie die staatliche Einheit wiedererlangt hätten, die Lehren aus der eigenen Vergangenheit vergessen würden und sich eine »Schlussstrichmentalität« durchsetzen werde, bildet die Erinnerung an den Nationalsozialismus, an die Vernichtung der europäischen Juden und an andere Verbrechen Hitler-Deutschlands weiterhin einen zentralen Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Die Jahre von 1933 bis 1945 sind als Negativfolie ein wichtiger Orientierungspunkt für die deutsche Politik geblieben. Von einer Verdrängung der NS-Vergangenheit kann keine Rede sein. Allein der quantitative Befund zu den zeitgeschichtlichen Publikationen macht deutlich, dass seit der Vereinigung die Forschungen zur NS-Geschichte nach wie vor einen führenden Platz in der deutschen wie internationalen Geschichtswissenschaft einnehmen.<sup>42</sup> Die kontroversen Diskussionen um Daniel J. Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker* in den Jahren 1996 bis 1997 und um die Wehrmachtsausstellung in der Zeit von 1996 bis zum Jahr 2000 ebenso wie die Walser-Bubis-Debatte (1998–1999) und die Debatte über den Bau des Holocaust-Mahnmals (1999–2005) stießen auf breite öffentliche Aufmerksamkeit. Sie verliehen der Auseinandersetzung mit der Geschichte des »Dritten Reiches« über den Kreis der Fachwissenschaftler hinaus neue Impulse. Man konnte sie durchaus im Sinne einer »Selbstverständigungsdebatte« der Berliner Republik interpretieren.<sup>43</sup> Diese Diskussionen vollzogen sich vor dem Hintergrund des Umstandes, dass die Verlagerung der Erinnerung an das nationalsozialistische Deutschland von der Ebene des persönlichen Erlebens der Zeitzeugen hin zur Historisierung der Nachgeborenen weiter vorangeschritten ist. Dabei ist es keineswegs zu der befürchteten Relativierung des »Dritten Reiches« gekommen.

42 Vgl. Schildt: *Zeitgeschichte der »Berliner Republik«* (wie Anm. 26), S. 3f.

43 Vgl. Eckhard Fuhr: *Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland*, Berlin 2005, S. 43.

Gleichwohl ließ sich feststellen, dass sich die Perspektive auf den Nationalsozialismus erweiterte und neue Aspekte hinzutraten, die bislang weder von der Geschichtswissenschaft noch von der öffentlichen Aufmerksamkeit sonderlich berücksichtigt worden waren. So konzentriert sich die Forschung viel stärker als zuvor auf den Blickwinkel der einzelnen Täter. Aber auch das Schicksal der Deutschen als Opfer des von Hitler entfesselten Krieges hat gesteigertes Interesse gefunden. Waren die Vertreibungen aus den Ostgebieten nach 1945 oder die Folgen des alliierten Bombenkrieges über Deutschland bislang weitgehend als Themen ausgespart geblieben oder einem rechten Rand überlassen worden, so werden sie nun verstärkt in die seriöse geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung einbezogen.

Auch die Frage nach den politischen, gesellschaftlichen und mentalen Kontinuitäten über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg hat Aufmerksamkeit gefunden. Viele Aspekte ließen sich zudem erst nach dem Niedergang des Sowjetimperiums aufgreifen, da erst durch die Öffnung der jahrzehntlang geschlossenen Archive in den Staaten Osteuropas neue, bislang für die westliche Forschung nicht erreichbare Quellen zugänglich gemacht wurden.<sup>44</sup> Hervorzuheben ist ebenfalls das wachsende Interesse vieler Institutionen und Unternehmen an einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit. Einen wichtigen Beitrag leistete dazu die im Juli 2005 von Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) eingesetzte Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes und des Auswärtigen Dienstes. Zwar stießen die 2010 in dem Band *Das Amt und die Vergangenheit* präsentierten Ergebnisse der Kommission in der Fachwelt auf ein sehr widersprüchliches Echo,<sup>45</sup> gleichwohl ging von dem Forschungsprojekt eine unbestreitbare Initialzündung für andere Bundesministerien und nachgeordnete Behörden aus, die Vorgeschichte ihrer Häuser im Nationalsozialismus von unabhängigen Historikern, Juristen und Politologen wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen sowie nach den personellen Kontinuitäten zu fragen, die sich nach 1945 in der frühen Bundesrepublik ergaben. Dieser Prozess der wissenschaftlichen Aufarbeitung hat erst begonnen.<sup>46</sup> Die Ergebnisse der einzelnen Kommissionen bleiben deshalb abzuwarten.

44 Vgl. dazu auch Michael Wildt: Die Epochenäsur 1989/90 und die NS-Historiographie, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008), H. 3, S. 1–17.

45 Christian Mentel: Die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit«, in: *APuZ* 32–34 (2012), S. 38–46.

46 Vgl. dazu etwa Manfred Görtemaker/Christoph Safferling (Hrsg.): *Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit. Eine Bestandsaufnahme*, Göttingen 2013.



Denkmal für die ermordeten Juden Europas, 2013.

Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vergrößerte sich die Bundesrepublik nicht nur um knapp 16 Millionen Menschen und fünf neue Bundesländer, sondern sie übernahm damit auch das Erbe der zweiten deutschen Diktatur. Hermann Wentker (Berlin) beschreibt in dem abschließenden Beitrag, wie die Berliner Republik bislang mit diesem Erbe umgegangen ist. Der Autor hebt hervor, dass die Aufarbeitung des SED-Regimes sehr stark durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der alten Bundesrepublik geprägt worden sei. Zwei zentrale Probleme bei der Beschäftigung mit dem Vermächtnis des »Arbeiter- und Bauernstaates« sieht er in der geteilten Erinnerung an die DDR in Ost- und Westdeutschland sowie in der »doppelten Diktaturvergangenheit«. Zweifellos habe das »Dritte Reich« eine sehr viel höhere kriminelle Energie als die DDR entwickelt, das SED-Regime habe dafür aber sehr viel mehr Zeit gehabt, seine diktatorischen Strukturen zu perfektionieren. Anfang der 1990er Jahre habe sich die sensible Frage gestellt, inwieweit eine Vergleichbarkeit der beiden Diktaturen möglich sei oder ob allein die Feststellung von Ähnlichkeiten zur Verharmlosung entweder der einen oder der anderen Herrschaft führen würde.

Bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur konzentriert sich Wentker zunächst auf die Bedeutung der Strafverfolgung von DDR-Unrecht nach 1990. Er hebt hervor, dass die juristische Ahndung von Verbrechen bereits vor der

Wiedervereinigung eingeleitet worden sei. Von einer bundesrepublikanischen »Siegerjustiz«, wie sie von Anhängern des SED-Regimes immer wieder unterstellt wurde, könne somit nicht die Rede sein. Vielmehr habe die umfassende juristische Aufarbeitung mehr als ein Jahrzehnt beansprucht. Auch wenn es im Allgemeinen unterschiedliche Auffassungen über das Ausmaß und die Höhe der von den Gerichten gefällten Urteile gebe, hätten die Verfahren unter der großen Herausforderung gestanden, mit den Mitteln des Rechtsstaats die Verbrechen einer Diktatur zu ahnden. Die Verfahren hätten zur öffentlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte einen wichtigen Beitrag geleistet. In diesem Zusammenhang verweist Hermann Wentker auch auf die Tätigkeit zweier Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages. Insgesamt habe in der Wissenschaft eine sehr breite Aufarbeitung der SED-Diktatur stattgefunden, die sehr differenzierte Bewertungen hervorgebracht habe. Der Autor sieht in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ein Spezifikum der politischen Kultur der Berliner Republik. Darin drücke sich das Bemühen aus, die DDR als Teil der eigenen gesamtdeutschen Geschichte anzunehmen.

\* \*

Am Ende dieser Einführung verbleibt es den Herausgebern, all jenen zu danken, die bei der Fertigstellung des Bandes mitgewirkt haben. Unser erster Dank geht deshalb an die Autoren. Ohne ihren großen Einsatz und ihr Interesse wäre an den erfolgreichen Abschluss des Tagungsprojekts von 2011, den wir in dem vorliegenden Buch sehen, nicht zu denken gewesen.

Daneben sind wir dem Direktor des Landesarchivs Berlin, Prof. Dr. Uwe Schaper, zu ausdrücklichem Dank verpflichtet. Er hat das Projekt in allen Phasen mit fachlichem Rat und den notwendigen Impulsen für die Mitteleinwerbung begleitet. Die Mitarbeiter seines Hauses unterstützten uns sowohl bei der Durchführung der Konferenz als auch bei der Fertigstellung des Bandes in vielfältiger Weise. Zahlreiche Abbildungen, die Eingang in die Publikation gefunden haben, sind von dem Fotografen des Landesarchivs, Herrn Thomas Platow, exklusiv angefertigt worden. Björn Grötzner, Marie-Thérèse Heinrich und Anne-Dore Neumann halfen bei den Korrekturen. Matthias Zimmermann vom be.bra wissenschaft verlag danken wir für seine umsichtige Betreuung und das Lektorat des Bandes. Wie bei allen anderen Publikationen der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv hat er auch dieses Mal viel zum Gelingen des Projekts beigetragen.

Berlin, Potsdam und Rostock, im Oktober 2013  
Die Herausgeber